

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 197. Ratssitzung vom 4. April 2018

3921. 2017/220

Weisung vom 12.07.2017:

ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Erweiterung der Fernwärmeversorgung in der Stadt Zürich und Errichtung einer Vorfinanzierung von 50 Millionen Franken, Objektkredit

Antrag des Stadtrats

A. Zuhanden der Gemeinde:

1. Für die Erweiterung der Fernwärmeversorgung in der Stadt Zürich, bestehend aus einer Fernwärmeverbindungsleitung Hagenholz–Josefstrasse, dem Verlängerungsstrang Josefstrasse–Schöneggplatz, den Haupterschliessungsleitungen in die neuen Fernwärmegebiete und dem Durchleitungsrecht unter dem SBB-Gleisfeld, wird ein Objektkredit von 235 Millionen Franken (inklusive Mehrwertsteuer) bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisbasis Oktober 2016) und der Bauausführung.
2. Für das in Dispositiv-Ziff. A. 1. bezeichnete Vorhaben wird eine Vorfinanzierung von 50 Millionen Franken bewilligt.
3. Das mit Gemeindeabstimmung vom 28. November 2004 beschlossene Finanzierungsmodell (Dispositiv-Ziff. 4) wird mit Wirkung ab 31. Dezember 2021 aufgehoben.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz

Dem Weiterbetrieb des KHKW Josefstrasse bis längstens Ende 2022 zur Sicherung des Fernwärmebetriebs Zürich-West wird unter Vorbehalt der Verlängerung der Betriebsbewilligung durch die Baudirektion des Kantons Zürich zugestimmt.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Guido Hüni (GLP): *Das Kehrichtheizkraftwerk an der Josefstrasse, das Zürich-West mit Fernwärme versorgt, wird 2022 voraussichtlich ausser Betrieb genommen. Damit die Stadt ihre auf Kundenverträgen und dem regionalen Richtplan basierende Versorgungspflicht mit Fernwärme in Zürich-West auch nach dieser Zeit erfüllen kann, soll eine neue Fernwärmeverbindungsleitung zwischen den Gebieten Zürich-Nord, wo das Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz gelegen ist, und Zürich-West gebaut werden. Diese Verbindungsleitung stellt die Deckung des zukünftigen Wärmebedarfs von Zürich-West sicher. Der Bau der Verbindungsleitung macht es möglich, weitere dicht überbaute Stadtquartiere mit einem hohen Wärmebedarf an das Fernwärmenetz anzuschliessen.*

Da die Fernwärme zu einem grossen Teil mit der Abwärme aus der Kehrichtverbrennung erzeugt wird, leistet die Erweiterung der Fernwärmeversorgung einen bedeutenden Beitrag zur Reduktion des CO₂-Ausstosses und zur Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft. Der Ausbau der Fernwärme ist zudem ein wichtiger Baustein zur Umsetzung der städtischen Energiepolitik. Die Vorlage umfasst den Bau einer neuen Verbindungsleitung Hagenholz–Josefstrasse mit Anschlussbau im Hagenholz; die Realisierung eines Verlängerungsstrangs zur Erschliessung des Stadtteils Aussersihl mit Fernwärme; den Bau einer Energiezentrale und den Rückbau des Kehrichtheizkraftwerks Josefstrasse sowie die Realisierung der Quartier-Haupterschliessungen für künftige neue Fernwärmegebiete. Im Zusammenhang mit der 2000-Watt-Gesellschaft ist es das energiepolitische Ziel, im Jahr 2050 einen Anteil von mindestens 80 Prozent erneuerbarer Energie am Gesamtverbrauch der Stadt Zürich zu erreichen. Es wurde detailliert analysiert, welche Energiepotenziale für die Wärmeversorgung in der Stadt Zürich genutzt und wie sie räumlich umgesetzt werden können. Die Analyse ergab, dass die Zielvorgaben am besten erreicht werden können, wenn Zürich-West mit einer Heisswasser-Verbindungsleitung von Zürich-Nord aus versorgt wird und der Standort Hagenholz mit einer dritten Ofenlinie erweitert wird. Das entspricht dem Stand der kantonalen Energieplanung und ist entsprechend im kantonalen Richtplan eingetragen. Mit den bestehenden Fernwärmenetzen wird Wärme für umgerechnet rund 170 000 Haushalte in der Stadt Zürich geliefert. Dies entspricht rund 15 Prozent des Wärmebedarfs der Stadt Zürich. Dieser Wert soll bis 2050 auf 25 Prozent erhöht werden. Die Verbindungsleitung zwischen den Standorten Hagenholz und Josefstrasse stellt die Fernwärmeversorgung in Zürich-West sicher und schafft die Möglichkeit, die angrenzenden Quartiere zukünftig ebenfalls an das Fernwärmenetz anzuschliessen. Insgesamt resultiert voraussichtlich ein leichter Nettozuwachs an Wärmeabgabe im Gesamtnetz mit dieser Verbindungsleitung. Die Grundlage für den Entscheid über die zukünftige Versorgung der Fernenergie Zürich-West wurde 2013 erarbeitet. Eine stadtinterne Arbeitsgruppe mit Expertinnen und Experten prüfte eine Verbindungsleitung, eine Insellösung sowie eine Ablösung der Fernwärmeversorgung durch ein Anergiekonzept. Die Expertengruppe kam zum Schluss, dass eine Fernwärmeverbindungsleitung vom Hagenholz nach Zürich-West die beste Variante ist. 2014 bewilligte der Gemeinderat einen Projektierungskredit in der Höhe von 8,5 Millionen Franken zur Ausarbeitung des Bauprojekts mit Kostenvoranschlag für eine Verbindungsleitung zwischen Zürich-Nord und Zürich-West. Der Zusammenschluss der bisher getrennten Wärmenetze zu einem Verbund gewährleistet eine grössere Versorgungssicherheit und erhöht die Flexibilität der Wärmeeinspeisung, da das Netz bedarfsgerecht durch die zwei Versorgungspunkte Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz und die neue Energiezentrale Josefstrasse bedient werden kann. Das Fernwärmenetz eröffnet die Möglichkeit, neue Fernwärmegebiete wirtschaftlich zu erschliessen. Geplant sind Anschlüsse von Gebieten, die an die projektierte Verbindungsleitung angrenzen und die eine hohe Energieverbrauchsichte aufweisen. Im Vordergrund stehen Wipkingen und Unterstrass sowie Aussersihl und Sihlquai. Die Realisierung der geplanten Verbindungsleitung eröffnet die Option, das Areal, auf dem sich heute das Kehrichtheizkraftwerk Josefstrasse befindet, teilweise neu zu nutzen. Das Gesamtareal entspricht einer Fläche von rund 20 000 Quadratmetern, 8000 Quadratmeter davon werden schliesslich vom ERZ benötigt, um eine Energiezentrale und einen Werkhof für

die Stadtreinigung und andere Dienstabteilungen zu betreiben. Unter der Leitung des Amts für Städtebau ist ein Projekt zur abgestimmten und qualitätsvollen Bebauung und Nutzung der frei verfügbaren Fläche des Areals Josefstrasse initiiert worden. Das Projekt hat Vorteile und entsprechende Risiken. Die Vorteile sind, dass die Versorgung im Fernwärmegebiet Zürich-West nach 2020 sichergestellt ist; dass die bestehenden Anlagen energetisch weiter optimiert werden können; dass die Versorgungssicherheit und die Flexibilität der Wärmeeinspeisung vergrössert werden; dass die Möglichkeit eröffnet wird, neue Fernwärmegebiete zu erschliessen sowie dass das Energieangebot der Fernwärme im Durchschnitt zu zwei Dritteln CO₂-neutral ist. Eines der Risiken ist der mögliche Ölpreiszerfall. Sollte aber ein tiefer Heizölpreis die Ertragslage der Fernwärme schmälern, kann mit einer entsprechenden Tarifänderung ein Ausgleich geschaffen werden. Ein Merkmal aller leitungsgebundenen Versorgungssysteme sind die hohen Investitionskosten. Auch ohne die Ausführung des Projekts entstehen hohe Kosten durch den Bau fossiler Anlagen. Die Abnahme der Kehrlichmengen stellt eine Herausforderung dar; im Basisszenario ergibt sich eine Zunahme der heutigen jährlichen Abfallmenge um 130 000 Tonnen auf 830 000 Tonnen bis ins Jahr 2035. Kann die dritte Verbrennungslinie nicht wie geplant gebaut werden, ist durch die Verbindungsleitung die Versorgung des bestehenden Fernwärmegebiets Zürich-West trotzdem gewährleistet. In diesem Fall ist aber gesamthaft mit erheblich höheren CO₂-Emissionen zu rechnen. Die Ausgaben entsprechen insgesamt 235 Millionen Franken. Es kommen noch gebundene Ausgaben des ERZ in der Höhe von 121 Millionen Franken dazu, die vor allem für den Rückbau der Josefstrasse gebraucht werden. Die Investitionen von 235 Millionen Franken in die Verbindungsleitung Hagenholz–Josefstrasse können vom ERZ finanziert werden. Die Finanzierung wird aus einer Entnahme aus den Reserven von 50 Millionen Franken und mit dem in der laufenden Rechnung unterhaltenen Kapitaldienst bestritten. Das zeitliche Zusammentreffen der Hauptinvestitionen mit dem Wegfall des Finanzierungsmodells 2004 verursacht zwar ein vorübergehendes Absinken der Reserven, die aber ab 2025 kontinuierlich ansteigen sollten. Die Kommission diskutierte ausführlich über die Weisung und führte unter anderem verschiedene Experten-Hearings zu verschiedenen Themenbereichen durch. Zuhanden der Gemeinde wird beantragt, dass für die Erweiterung der Fernwärmeversorgung in der Stadt Zürich – bestehend aus einer Fernwärmeverbindungsleitung Hagenholz–Josefstrasse, dem Verlängerungsstrang Josefstrasse–Schöneggplatz, den Haupterschliessungsleitungen in die neuen Fernwärmegebiete und dem Durchleitungsrecht unter dem SBB-Gleisfeld – ein Objektkredit von 235 Millionen Franken (inklusive Mehrwertsteuer) bewilligt wird. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags und der Bauausführung. Des Weiteren wird beantragt, dass für das Vorhaben eine Vorfinanzierung von 50 Millionen Franken bewilligt wird. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz wird beantragt, den Weiterbetrieb des Kehrlichtheizkraftwerks Josefstrasse bis spätestens ins Jahr 2022 sicherzustellen.

Kommissionsminderheit zum Rückweisungsantrag:

Dubravko Sinovcic (SVP): *Wir sind uns bezüglich des grundlegenden Problems, das durch die Weisung bearbeitet wird, einig: Im Fernwärmenetz in Zürich-West entsteht durch den Wegfall des Energieträgers Kehrichtheizkraftwerk Josefstrasse eine Lücke ab dem Jahr 2022. Dafür muss eine Lösung gefunden werden. Dem ersten Projektierungskredit für eine Verbindungsleitung stimmte die SVP noch zu, als das Projekt noch 130 Millionen Franken kosten sollte. Es zeigte sich dann, dass mit diesen Kosten keine rentable Lösung realisiert werden kann. Deshalb wurde entschieden, das Fernwärmegebiet zu erweitern und mehr Haushalte zu bedienen, damit das Projekt rentabel werden kann. Es soll nun eine viertel Milliarde Franken kosten – mehr als doppelt so viel wie ursprünglich geplant. Die Kosten des Projekts sind unser grösster Kritikpunkt. Die Kosten bedeuten auch das grösste Risiko des Projekts: Es ist möglich, dass in zehn oder fünfzehn Jahren nicht genügend neue Anschlüsse realisiert werden können. So wäre sehr viel Geld für ein nicht rentables Projekt ausgegeben worden. Das zweite Problem ist die sich stets entwickelnde Technik. Es gibt keine Garantie, dass die Fernwärmeleitungen, die für die heutigen Bedürfnisse ausgelegt sind, den Bedürfnissen in mehreren Jahrzehnten noch entsprechen werden. Blickt man auf den Stand der Technologien vor zwanzig Jahren zurück, kann man sich vorstellen, wie anders sie in zwanzig Jahren aussehen werden. Der dritte kritische Punkt ist die Abfallentwicklung. Das Volumen wird zunehmen; es handelt sich scheinbar um eine gesicherte Energiequelle. Gleichzeitig aber gibt es Bemühungen, das Abfallvolumen zu reduzieren, wie etwa durch das Postulat der Grünen, mit dem sie die separate Plastiksammlung flächendeckend einführen möchten. Das Projekt ist auf die heutigen Bedürfnisse ausgelegt: Wenn in zwei oder drei Jahrzehnten realisiert wird, dass falsch gebaut wurde, wird es zu neuen, hohen Investitionen kommen. Aufgrund der technischen Unwägbarkeit der nächsten zwanzig bis dreissig Jahre kann man nicht voraussagen, welche neuen Technologien entwickelt werden. Vielleicht wird die Verbindungsleitung überflüssig, vielleicht wird die Fernwärme überholt. Auch sind weitere ökologische Entwicklungen beim Recycling und bei der Abfallmenge möglich. Weil diesbezügliche Voraussagungen sehr schwierig sind, ist ein solches Infrastrukturprojekt, das nicht für die nächsten zwanzig, sondern für die nächsten fünfzig bis achtzig Jahre ausgelegt sein sollte, keine gute Lösung. Vielmehr sollte in diesem Gebiet eine Insellösung realisiert werden, sei das durch ein neues Kehrichtheizkraftwerk, eine CO₂-neutrale Holzverbrennungsanlage oder eine der vielen von den Experten bestätigten Alternativen. Die SVP beantragt deshalb eine motivierte Rückweisung und möchte den Stadtrat beauftragen, dass die Weisung neu bearbeitet wird und dass anstelle der Verbindungsleitung eine Insellösung realisiert wird.*

Kommissionsmehrheit Rückweisungsantrag, Dispositivpunkte A1–A3 und Kommissionsreferent Dispositivpunkt B:

Guido Hüni (GLP): *Selbst wenn das Projekt nicht ausgeführt wird, entstehen erhebliche Kosten durch den notwendigen Bau von fossilen Anlagen, um vertragliche Verpflichtungen der Wärmelieferung einzuhalten sowie durch zusätzliche Rückbaukosten des Kehrichtheizkraftwerks Josefstrasse. Die Alternativen sind*

langfristig nicht kostengünstiger und die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft können mit dem Bau einer fossilen Wärmekraftkoppelungsanlage nicht oder nur sehr unwahrscheinlich erreicht werden. Diese Themen waren schon bei der Zustimmung des ersten Projektierungskredits bekannt. Nun sind heute über 235 Millionen Franken projektiert, damals waren Kosten für die Verbindungslinie in der Höhe von 130 Millionen Franken vorgesehen, während die Verbindungslinie nach heutiger Einschätzung 146 Millionen Franken kosten soll. Das ist im Rahmen der Unschärfe von 25 Prozent, was in dieser Projektierungsphase üblich ist. Die Mehrheit stimmt den Dispositivpunkten A1 bis A3 sowie dem Dispositivpunkt B zu und gewichtet die vorgestellten Vorteile höher als die Risiken.

Kommissionsminderheit Dispositivpunkte A1–A3

Dubravko Sinovcic (SVP): *Wir lehnen die Weisung aus den genannten Gründen ab.*

Weitere Wortmeldungen:

Helen Glaser (SP): *Die SP lehnt den Rückweisungsantrag ab und stimmt der Weisung unverändert zu. Es handelt sich um eine Folge der früheren Weisung 2014/337, in der ein Projektierungskredit von knapp 8,5 Millionen Franken für das Fernwärme-Projekt, das 130 Millionen Franken kostete, gesprochen wurde. Die neue Weisung plant ein grösseres Projekt, das neben der Verbindungsleitung die Versorgung weiterer Gebiete vorsieht. Das heutige Projekt kostet 100 Millionen Franken mehr, was zu Diskussionen führte. Es sind Risiken vorhanden, wie die Unwägbarkeit der technischen Entwicklungen der nächsten fünfzig Jahre und die Ungewissheit, wie sich das Abfallvolumen tatsächlich entwickeln wird. Die Vorteile überwiegen jedoch. Das Projekt ist Teil des städtischen Energiekonzepts und integraler Bestandteil der aktuellen kommunalen Energieplanung, die der Stadtrat mit dem Stadtratsbeschluss Nr. 1077/2016 genehmigte. Der Kanton Zürich hat das Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz als Standort für die Kehrichtverbrennung portiert und hält ein weiteres Bestehen für wichtig. Das Projekt ist so weit wie möglich CO₂-neutral, wobei die graue Energie des verbrennten Abfalls zu berücksichtigen ist, die aber unabhängig von der Fernleitung vorhanden sein wird. Die CO₂-Bilanz wird mit der Fernleitung verbessert, weil aus dem Abfall benötigte Wärme entstehen wird. Die Alternativen, die Insellösung oder ein Anergienetz, bieten keine längere Lebensdauer, keine tieferen Kosten und keine bessere ökologische Bilanz. Dem mit grossen Projekten in der Abfallbewirtschaftung erfahrenen ERZ kann in diesem Fall auch vertraut werden. Die wachsende Bevölkerung der Stadt Zürich und die neuen Quartiere müssen mit Wärme versorgt werden. Es bietet sich daher an, den entstehenden Abfall dafür zu nutzen. Besonders die Stadtbevölkerung des Josef-Areals im Kreis 5 freut sich auf die Freigabe von drei Fünfteln des Areals. 12 000 Quadratmeter werden nicht mehr benötigt und können unter Umständen von der Bevölkerung genutzt werden, die zukünftige Nutzung ist jedoch noch offen. Wir unterstützen das Projekt, auch wenn noch Verbesserungsbedarf besteht. Deshalb werden wir zusammen mit der GLP, den Grünen und vielleicht auch mit der Unterstützung der FDP und der AL einige Vorstösse einreichen, um das Projekt zu optimieren.*

Markus Kunz (Grüne): Ohne Begeisterung stimmen wir der Weisung zu, weil alle Alternativen nicht besser sind. Wir wollen, dass wir den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft näher kommen, hierbei spielt die Fernwärme eine grosse Rolle. Frühzeitig warnten wir und nannten Bedenken, auf uns hörte jedoch niemand. Unsere Aussagen bezüglich der Erweiterung des Projektierungskredits bleiben unverändert und unsere Zweifel konnten nicht vollständig beiseitegelegt werden. Der Wärmebedarf sinkt pro Jahr um 1,3 Prozent; in dreissig Jahren werden die Bedürfnisse an die Fernwärmeversorgung anders sein. Das Abfallaufkommen wird stabil bleiben, aber die Reduktion der Verschwendungswirtschaft und des Verschwendungskonsums bleibt unser Ziel. Schliesslich bleiben auch Zweifel bei der Frage nach der Wirtschaftlichkeit, da es sich um ein Jahrhundertprojekt handelt. Die Kommissionsarbeit konnte aber auch einige unserer Bedenken – beispielsweise bezüglich der Verwendungsflexibilität und den Transportdistanzen des Abfalls – ausräumen. Wir stimmen heute einem Wagnis zu, das verantwortbar ist, weil die Wärmequellen zukünftig auch von Nicht-Abfall stammen können. Die Redundanz und somit die Versorgungssicherheit mit Wärme und Kälte steigt mit der Verbindungsleitung tendenziell, weil die Kosten zukünftig hoffentlich ohnehin durch spürbare CO₂-Abgaben geprägt und nicht mehr ans Erdöl gebunden sein werden. Mit der Zustimmung zur Weisung bekräftigen wir unsere Forderung und unsere feste Absicht, dass das Erdgas innerhalb von weniger als einer Generation von der Stadt nicht mehr benötigt wird. Die Fernwärme bedeutet einen kleinen Schritt in Richtung Unabhängigkeit von fossilen Energien.

Mario Mariani (CVP): Die Kommission ist sich bewusst, dass es sich um ein überaus teures und visionäres Projekt handelt. Wir müssen über unseren Schatten springen, denn die Wirtschaftlichkeit lässt sich nicht mit Sicherheit nachweisen. Alternativen sind jedoch nicht vorhanden und das Projekt steht im Einklang mit der Energiestrategie, der das Schweizer Volk vor bald einem Jahr zustimmte. Die CVP hat ihre Bedenken überwunden und betont dabei, dass die Infrastruktur nicht nur für Fernwärmeleitungen gebraucht werden kann, sondern auch für Vieles, das heute noch nicht eingeschätzt werden kann.

Guido Hüni (GLP): Die Grünliberalen sehen keine ökonomisch und ökologisch vertretbare Alternative zum vorgeschlagenen Projekt. Im Jahr 2022 wird das Kehrichtheizkraftwerk Josefstrasse stillgelegt, was von der Bevölkerung begrüsst wird, die keine Interessen an einem fossilen Ersatzkraftwerk hat. Die verlockend klingende Alternative der Holzschnitzelanlage ist laut Experten in dieser Grössenordnung technisch und wirtschaftlich nicht realistisch. Auch die anderen Alternativen eignen sich nicht, in einem Anergienetz etwa wäre die Leistungskapazität zu gering. Als kurzfristige Alternative käme nur ein Gas-und-Dampf-Kombikraftwerk in Frage, damit entfernen wir uns aber von den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft und die Energiepreise würden sich deutlich erhöhen. Mit der Erschliessung können die neuen Energien von fossilen Energieträgern befreit werden. Statt einer Gasheizung oder einer Wärmekraftkopplungsanlage können neue und auch bestehende Gebäude mit der Fernwärme erschlossen werden. Es handelt sich um eine Investition in die Zukunft; die Infrastruktur wird auch anders genutzt werden können, wenn sich die Technologie ändern wird. Auch wenn sich verschärfte Vorschriften durchsetzen werden, wird die

Fernwärme davon nicht betroffen sein. Keiner der in den Kommissionen angehörten Experten stellte das vorliegende Projekt grundsätzlich in Frage und keiner der Experten lehnt die Schaffung von grossen, zusammenhängenden Wärmeverbunden ab. Diese Jahrhundertinvestition ist ein bedeutendes Infrastrukturprojekt für die Stadt Zürich. Für die nächsten dreissig Jahre sind es weniger als zwanzig Franken, die jährlich pro Stadtzürcherin und Stadtzürcher investiert werden. Wir sind der Meinung, dass diese Investition gerechtfertigt ist.

Andreas Kirstein (AL): *Mit einem Kredit von 260 Millionen Franken und einer Planungs- und Bauzeit von zirka dreissig Jahren befinden wir über eine Investition in die Energiezukunft der Stadt Zürich, die deshalb wohl überlegt sein sollte. Die Kommission hat demensprechende Leistungen erbracht. Der Wärmeeinkauf aus Kehrlichtverbrennung stimmten wir bereits mehrfach zu. Zwar können bei einem solchen Projekt nicht sämtliche Bedenken ausgeräumt werden, doch überwiegen die Vorteile auch aus Sicht der AL. Jetzt warten wir nur noch auf eine definitive Neubesetzung der Direktion des ERZ.*

Sebastian Vogel (FDP): *Wegen den hohen Kosten, dem weiten Planungshorizont sowie den generell hohen Risiken solch grosser Projekte besteht gewisse Skepsis. Die FDP unterstützt aber das Projekt, weil damit die Versorgung gesichert wird, wegen der kantonalen Abfallstrategie ökologische Aspekte abgedeckt sind, weil das Projekt durch Gebühren finanziert wird und weil das Infrastrukturprojekt eine nationale Ausstrahlung besitzt. Die Alternativen überzeugen hingegen nicht.*

Dubravko Sinovcic (SVP): *Niemand scheint von diesem Projekt vollständig überzeugt zu sein. Von allen Seiten sind Vorbehalte zu hören. Die Weisung sollte zurückgewiesen, nicht von unzähligen Postulaten begleitet werden. Eines der Risiken wurde noch nicht angesprochen: Wenn die Anlage in dreissig Jahren nicht rentiert, werden Hausbesitzer zum Fernwärmeanschluss gezwungen werden. Ein Holzheizkraftwerk bleibt auch laut Experten durchaus eine Alternative. Die Verbindungsleitung ist ausserdem nicht ohne fossile Energieträger realisierbar: In der Josefstrasse werden drei Gaskessel für die Spitzenlast installiert, die vorerst mit Erdgas betrieben werden. Eine Insellösung bedeutet kein Nein zur Fernwärme, sondern ein alternatives Konzept mit mehr Flexibilität bezüglich zukünftigen Entwicklungen.*

Stefan Urech (SVP): *Der Kreis 5 lebt vom industriellen Charme, als Bewohner dieses Kreises verbinde ich den Schornstein mit meinem Zuhause. Letzte Woche sprachen wir bereits über ein 2000-Watt-Gesellschaft-Millionenprojekt, das uns eine Lehre sein sollte: Jetzt werden viele Millionen Franken gesprochen. Im Nachhinein wird sich aber zeigen, dass das Projekt noch viele weitere Millionen kosten wird. Eine Insellösung erlaubt das Weiterbestehen der Fernwärmelösung.*

Guido Hüni (GLP): *Die Insellösung des Holzschnitzelkraftwerks ist technisch nicht umsetzbar und wirtschaftlich nicht rentabel, das wird in den Unterlagen der Experteneinschätzungen festgehalten. Natürlich bleiben bei einem Projekt von 230 Millionen Franken Bedenken, die aber ernst genommen werden. Durch die*

transparente Darlegung von Informationen konnten viele ausgeräumt werden, so dass die Mehrheit zum Schluss kam, dass es keine Alternative in Form einer Insellösung gibt. Ausserdem hat die Stadt Zürich keine Möglichkeit, eine gesetzliche Grundlage für einen Anschlusszwang zu schaffen. Eine beschränkte Wahlmöglichkeit ergibt sich nur aus kantonalen und eidgenössischen Vorgaben wie dem Verbot von neuen Ölheizungen.

Helen Glaser (SP): Dass die Anlage auf dem Josefareal – und somit der charmante Schornstein – entfernt wird, geschieht unabhängig von dieser Weisung. Die Bewohnerinnen und Bewohner werden jedoch Freude haben, wenn schliesslich ein Teil des Areals für Grünraum und für Freizeit genutzt werden kann. Das Projekt ist zwar nicht vollständig frei von fossilen Energieträgern, mit einem der zum Thema eingereichten Vorstösse möchten wir jedoch erreichen, dass die Spitzenlastabdeckung durch fossile Energieträger möglichst reduziert und mit alternativen Energien gewährleistet wird, was laut Experten möglich ist. Wie in jedem Projekt dieser Grösse bestehen gewisse Risiken. Die SP ist jedoch mit Berücksichtigung der Expertenmeinungen der Überzeugung, dass es sich um ein gutes Projekt handelt, das wir überzeugt unterstützen.

Dubravko Sinovcic (SVP): Mit den Begleitpostulaten werden die Kosten noch höher ausfallen, was die Risiken zusätzlich vergrössert. Der Kanton Zürich erlaubt es seinen Gemeinden, über einen Anschlusszwang zu verfügen. Das ist im kantonalen Planungs- und Baugesetz festgehalten und im Energiegesetz vorgesehen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Dieses grosse Projekt entstand aus einer Versorgungspflicht in Zürich-West, die wir möglichst effizient und zukunftssträchtig erfüllen wollen. Es wurde viel Zeit in die Überprüfung und in die Diskussionen investiert, um herauszufinden, was die beste Variante ist. Dabei kam nie in Frage, nichts zu tun. Die Verbrennungsanlage auf dem Josefareal erhält keine Konzession mehr und muss eingestellt werden, weshalb eine Lösung gefunden werden musste. Zentral war die Frage, ob eine Insellösung oder eine Verbindungsleitung diese Lösung darstellt und damit verbunden, ob es eine Lösung für die nächsten dreissig oder für die nächsten siebenzig bis neunzig Jahre sein soll. Schliesslich ging es auch darum, ob in dreissig oder achtzig Jahren noch genügend Abfall vorhanden sein wird. Momentan ist eine Reduktion der Abfallberge nicht in Aussicht, wie die Abfallproduktion aber in dreissig Jahren aussehen wird, lässt sich nicht genau voraussehen. Wenn bei einer langfristigen Planung davon ausgegangen wird, dass die Abfallmengen nicht zurückgehen werden und wenn nicht nur eine Verbindungsleitung, sondern ein Energiekanal gemacht wird, dann ist eine langfristige Lösung – also die Fernwärmeverbindungsleitung – besser. Davon ist die Mehrheit überzeugt, auch wenn viele Bedenken bestehen. Im Kanton Zürich hat das Kehrlichtheizkraftwerk Hagenholz die höchste Energieeffizienz; sie liegt bei über neunzig Prozent. So ist die langfristige Lösung auch aus technischen Gründen und bezüglich der Redundanz besser als die Insellösung, die aber auch umsetzbar gewesen wäre. Es bestehen zwar Unwägbarkeiten, die Lösung ist jedoch redundant und

9 / 11

kosteneffizient und der Energiekanal kann in Zukunft auch für Anderes genutzt werden. Mit den momentan zwanzig Prozent fossilen Energieträgern wird die Spitzenlast abgedeckt. Aber durch den Energiekanal können vollständig fossilfreie Energien transportiert werden. Es ist auch möglich, eine Holzschnitzelanlage ausserhalb des Josefareals zu realisieren, weil der Energiekanal auch von ausserhalb eingespeist werden kann. Der auch von mir eingeleitete Kulturwechsel im ERZ hat bereits begonnen, der neue Direktor wird kommen. Nach heutigen Kenntnissen handelt es sich bei der Insellösung um die zweitbeste, bei der Fernwärmeverbindungsleitung um die beste Lösung.

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine neue Weisung vorzulegen, welche die Wärmeversorgung im Gebiet des Kehrichtheizkraftwerks Josefstrasse ohne Verbindungsleitung zum Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz sicherstellt.

Mehrheit:	Guido Hüni (GLP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Niyazi Erdem (SP), Andreas Kirstein (AL), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Ronny Siev (GLP), Michel Urben (SP)
Minderheit:	Maria del Carmen Señorán (SVP) i. V. von Dubravko Sinovcic (SVP), Referent
Enthaltung:	Roger Tognella (FDP), Sebastian Vogel (FDP)
Abwesend:	Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 22 Stimmen (bei 17 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivpunkte A1–A3

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zu den Dispositivpunkten A1–A3.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivpunkte A1–A3.

Mehrheit:	Guido Hüni (GLP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Niyazi Erdem (SP), Andreas Kirstein (AL), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Ronny Siev (GLP), Roger Tognella (FDP), Michel Urben (SP), Sebastian Vogel (FDP)
Minderheit:	Maria del Carmen Señorán (SVP) i. V. von Dubravko Sinovcic (SVP), Referent
Abwesend:	Johann Widmer (SVP)

10 / 11

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B.

Zustimmung: Guido Hüni (GLP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), Vizepräsident Markus Kunz (Grüne), Niyazi Erdem (SP), Andreas Kirstein (AL), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Maria del Carmen Señorán (SVP) i. V. von Dubravko Sinovic (SVP), Ronny Siev (GLP), Roger Tognella (FDP), Michel Urben (SP), Sebastian Vogel (FDP)
Abwesend: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 117 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

A. Zuhanden der Gemeinde:

1. Für die Erweiterung der Fernwärmeversorgung in der Stadt Zürich, bestehend aus einer Fernwärmeverbindungsleitung Hagenholz–Josefstrasse, dem Verlängerungsstrang Josefstrasse–Schöneggplatz, den Haupterschliessungsleitungen in die neuen Fernwärmegebiete und dem Durchleitungsrecht unter dem SBB-Gleisfeld, wird ein Objektkredit von 235 Millionen Franken (inklusive Mehrwertsteuer) bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisbasis Oktober 2016) und der Bauausführung.
2. Für das in Dispositiv-Ziff. A. 1. bezeichnete Vorhaben wird eine Vorfinanzierung von 50 Millionen Franken bewilligt.
3. Das mit Gemeindeabstimmung vom 28. November 2004 beschlossene Finanzierungsmodell (Dispositiv-Ziff. 4) wird mit Wirkung ab 31. Dezember 2021 aufgehoben.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz

Dem Weiterbetrieb des KHKW Josefstrasse bis längstens Ende 2022 zur Sicherung des Fernwärmebetriebs Zürich-West wird unter Vorbehalt der Verlängerung der Betriebsbewilligung durch die Baudirektion des Kantons Zürich zugestimmt.

11 / 11

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 11. April 2018 gemäss
Art. 10 und Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 11. Juni 2018)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat